

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Claudia Roth (Augsburg), Agnieszka Brugger, Dr. Frithjof Schmidt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/7920 –**

Feministische Außenpolitik konsequent umsetzen – Gewalt und Diskriminierung überwinden, Geschlechtergerechtigkeit und Menschenrechte weltweit verwirklichen

A. Problem

Frauen und Mädchen sowie andere marginalisierte Gruppen werden aus Sicht der Antragsteller in allen Regionen der Erde strukturell diskriminiert. Ihnen werden gleiche Rechte verwehrt und ihre gleichberechtigte politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe wird erschwert oder verhindert; auch seien sie in besonderem Maße von Gewalt, Armut, kriegerischen Auseinandersetzungen und den Auswirkungen der Klimakrise betroffen. Die Beseitigung dieser Ungerechtigkeit erfordere es, die ungleichen Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern in allen Regionen der Welt zu erkennen und mit einer umfassenden feministischen Außenpolitik dazu beizutragen, dass weltweit die Rechte von Frauen, Mädchen und anderen marginalisierten Gruppen durchgesetzt und somit patriarchale Strukturen überwunden werden.

Es sei nicht nur menschenrechtlich, sondern auch sicherheitspolitisch geboten, Belange von Frauen und Mädchen und marginalisierten Gruppen zum Leitbild der Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik zu machen. Wissenschaftliche Studien belegten, dass Friedensabkommen eine höhere Erfolgchance hätten und länger hielten, wenn Frauen und marginalisierte Gruppen im Prozess aktiv mitwirkten. Wenn Frauen hingegen an Friedensprozessen und besonders an Reformen des Sicherheitssektors nicht beteiligt seien, würden sie deutlich häufiger Opfer sexualisierter Gewalt, die in vielen Konflikten systematisch eingesetzt würde.

Eine umfassende feministische Außenpolitik könne neue Perspektiven auf bisher ungenutzte Potenziale eröffnen, den traditionellen Sicherheitsbegriff um die menschliche Sicherheit ergänzen und somit die Bedürfnisse von Menschen statt Staaten in den Mittelpunkt stellen.

Die Bundesregierung soll nach dem Willen der Antragsteller das Prinzip einer feministischen Außenpolitik zu einem der tragenden Grundsätze der deutschen Außen-, Sicherheits-, Menschenrechts- und Entwicklungspolitik erklären und einen aktiven friedens-, sozial- und menschenrechtlichen Beitrag in der Welt leisten. Alles diplomatische Handeln, die Planung und Durchführung von Projekten wie auch das Engagement in internationalen Organisationen sollten darauf ausgerichtet sein, Geschlechtergerechtigkeit zu fördern. Innerhalb der EU soll die Bundesregierung Aufklärungsarbeit leisten und insbesondere im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 für die Argumente einer feministischen Ausrichtung internationaler Politik werben und sensibilisieren.

Konkret soll die Bundesregierung neben zahlreichen anderen Maßnahmen einen ressortübergreifenden „Gender Equality Plan“ nach dem Vorbild der schwedischen Regierung mit klaren und überprüfbaren Zielen auf nationaler und internationaler Ebene entwickeln und umsetzen.

Im Rahmen der deutschen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in den Jahren 2019/2020 soll sich die Bundesregierung weiterhin für eine präventive Sicherheitspolitik, einen deutlichen Ausbau der zivilen Krisenprävention und einen umfassenden Menschenrechtsschutz engagieren und dabei dem Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit“ besonderen Nachdruck verschaffen, wobei spezifische Schwerpunkte bei der Verhinderung sexualisierter und genderbasierter Gewalt in Konflikten und bei der stärkeren Beteiligung von Frauen in Friedensprozessen sowie in der Prävention von Konflikten gesetzt werden müssten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Bundesdrucksache 19/7920 abzulehnen.

Berlin, den 20. März 2019

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Elisabeth Motschmann
Berichterstatterin

Dr. Daniela De Ridder
Berichterstatterin

Petr Bystron
Berichterstatter

Renata Alt
Berichterstatterin

Stefan Liebich
Berichterstatter

Agnieszka Brugger
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Elisabeth Motschmann, Dr. Daniela De Ridder, Petr Bystron, Renata Alt, Stefan Liebich und Agnieszka Brugger

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/7920** in seiner 84. Sitzung am 22. Februar 2019 beraten und an den Auswärtigen Ausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Frauen und Mädchen sowie andere marginalisierte Gruppen werden aus Sicht der Antragsteller in allen Regionen der Erde strukturell diskriminiert. Ihnen werden gleiche Rechte verwehrt und ihre gleichberechtigte politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe wird erschwert oder verhindert; auch seien sie in besonderem Maße von Gewalt, Armut, kriegerischen Auseinandersetzungen und den Auswirkungen der Klimakrise betroffen. Die Beseitigung dieser Ungerechtigkeit erfordere es, die ungleichen Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern in allen Regionen der Welt zu erkennen und mit einer umfassenden feministischen Außenpolitik dazu beizutragen, dass weltweit die Rechte von Frauen, Mädchen und anderen marginalisierten Gruppen durchgesetzt und somit patriarchale Strukturen überwunden werden.

Es sei nicht nur menschenrechtlich, sondern auch sicherheitspolitisch geboten, Belange von Frauen und Mädchen und marginalisierten Gruppen zum Leitbild der Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik zu machen. Wissenschaftliche Studien belegten, dass Friedensabkommen eine höhere Erfolgschance hätten und länger hielten, wenn Frauen und marginalisierte Gruppen im Prozess aktiv mitwirkten. Wenn Frauen hingegen an Friedensprozessen und besonders an Reformen des Sicherheitssektors nicht beteiligt seien, würden sie deutlich häufiger Opfer sexualisierter Gewalt, die in vielen Konflikten systematisch eingesetzt würde.

Eine umfassende feministische Außenpolitik könne neue Perspektiven auf bisher ungenutzte Potenziale eröffnen, den traditionellen Sicherheitsbegriff um die menschliche Sicherheit ergänzen und somit die Bedürfnisse von Menschen statt Staaten in den Mittelpunkt stellen.

Die Bundesregierung soll nach dem Willen der Antragsteller das Prinzip einer feministischen Außenpolitik zu einem der tragenden Grundsätze der deutschen Außen-, Sicherheits-, Menschenrechts- und Entwicklungspolitik erklären und einen aktiven friedens-, sozial- und menschenrechtlichen Beitrag in der Welt leisten. Alles diplomatische Handeln, die Planung und Durchführung von Projekten wie auch das Engagement in internationalen Organisationen solle darauf ausgerichtet sein, Geschlechtergerechtigkeit zu fördern. Innerhalb der EU soll die Bundesregierung Aufklärungsarbeit leisten und insbesondere im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 für die Argumente einer feministischen Ausrichtung internationaler Politik werben und sensibilisieren.

Konkret soll die Bundesregierung neben zahlreichen anderen Maßnahmen einen ressortübergreifenden „Gender Equality Plan“ nach dem Vorbild der schwedischen Regierung mit klaren und überprüfbaren Zielen auf nationaler und internationaler Ebene entwickeln und umsetzen.

Im Rahmen der deutschen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in den Jahren 2019/2020 soll sich die Bundesregierung weiterhin für eine präventive Sicherheitspolitik, einen deutlichen Ausbau der zivilen Krisenprävention und einen umfassenden Menschenrechtsschutz engagieren und dabei dem Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit“ besonderen Nachdruck verschaffen, wobei spezifische Schwerpunkte bei der Verhinderung sexualisierter und genderbasierter Gewalt in Konflikten und bei der stärkeren Beteiligung von Frauen in Friedensprozessen sowie in der Prävention von Konflikten gesetzt werden müssten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage 19/7920 in seiner 29. Sitzung am 20. März 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage 19/7920 in seiner 25. Sitzung am 13. März 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage 19/7920 in seiner 28. Sitzung am 20. März 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage 19/7920 in seiner 30. Sitzung am 20. März 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtiger Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 29. Sitzung am 20. März 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Ablehnung.

Berlin, den 20. März 2019

Elisabeth Motschmann
Berichterstatlerin

Dr. Daniela De Ridder
Berichterstatlerin

Petr Bystron
Berichterstatler

Renata Alt
Berichterstatlerin

Stefan Liebich
Berichterstatler

Agnieszka Brugger
Berichterstatlerin

